

## **Erstes Treffen in 2020 des AK Flüchtlinge im Hochtaunuskreis am 20.01.2020, Oberursel**

**Protokollantin:** Semra Demir, Perspektiven e.V.

---

### **TOP 1: Begrüßung**

Herr Krohmer begrüßt die Anwesenden

### **TOP 2: Klärung der Formalitäten**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird ohne Änderungswünsche angenommen. Perspektiven e.V. übernimmt das Protokoll für dieses Treffen.

Weitere Anmeldungen für TOP 3.

### **TOP 3: Zukunft von AS\*TRA**

- Mitarbeiter von AS\*TRA berichten kurz über den Stand der Suche nach einer Weiterfinanzierung der Beratungsstelle. Bislang steht noch keine Finanzierung ab 2021.
- Weiterhin wird aufgezeigt, welche Zahlen AS\*TRA in 2019 vorzuweisen hat (Beratungsanzahl, Beratungsdichte, Aufteilung auf die Herkunftsländer, Aufenthaltsstatus u.ä.).
- Perspektiven fragt die Anwesenden in welchen Bereichen, z.B. Kinder, Familien oder Frauen sich erhöhte Bedarfe bei den Flüchtlingen im Hochtaunuskreis zeigen, um diese in der konzeptionellen Weiterentwicklung des Projektes zu berücksichtigen.
- Herr Krohmer stellt in der Runde die Frage nach Ideen, wie das Projekt unterstützt werden könnte und schlägt unter anderem vor, sich an die sogenannten „Service Clubs“ zu wenden.
- Weiter wird vorgeschlagen, sich an die Presse zu wenden und hierfür „spektakuläre“ Fallbeispiele oder einen rekonstruierten Fall zu verwenden.
- Ein weiterer Vorschlag aus dem Plenum ist, sich an die Flüchtlingshilfe Kronberg e.V. zu wenden.
- Herr Krohmer regt an, ein Empfehlungsschreiben zu verfassen, mit dem aufgezeigt wird, wie wichtig den ehrenamtlichen Akteur\*innen im Hochtaunuskreis die Weiterführung des Projektes ist. Mit ihm würden Frau Trenkle-Freund und Frau Baumann eine Arbeitsgruppe bilden für die Verfassung eines solchen Schreibens. Weitere Verfasser\*innen könnten dazu kommen.  
Wichtig wäre, dieses Schreiben an die Städte und Kommunen im Kreis zu adressieren, damit diese sich ggfs. an einer Finanzierung beteiligen.
- Von AS\*TRA wurden Menschen aus allen Orten des Hochtaunuskreises beraten, der überwiegende Teil lebte in Unterkünften. Genaue Zahlen werden auf Wunsch nachgereicht.

### **TOP 4: Verschiedenes**

- Frau Trenkle-Freund berichtet über eine Aussetzung der Leistungen durch das Jobcenter. Aufgrund einer verspäteten Antragstellung bei der WBA, hat das Jobcenter auch keine Mietzahlungen vorgenommen, dadurch besteht die Gefahr der Wohnungskündigung. Es sind aber keine Fälle bekannt, in denen das Jobcenter bei fehlenden Unterlagen, Anträgen oder

mangelnder Mitwirkung eine Mietzahlung bewilligt. Nur wenn alle Unterlagen eingereicht, Anträge fristgerecht gestellt und die Mitwirkungspflicht eingehalten wird, bewilligt das Jobcenter Leistungen.

- Frau Marie Götz, bzw. die Flüchtlingshilfe Weilrod weist darauf hin, dass Vermieterbescheinigung neuerdings von dem jeweiligen Sachbearbeiter (Zuordnung nach Buchstaben) bearbeitet werden. Frau Neubauer die bisher für alle Flüchtlinge zuständig war, ist dies seit diesem Jahr nicht mehr. Frau Goy klärt diesen Punkt und informiert den AK (Anmerkung T.K.: Von Annette Goy wurde mitgeteilt, dass „das Verfahren zur Einreichung von Vermieterbescheinigungen...nicht geändert [wurde 9. Wenn Hilfeempfänger aus einer Gemeinschaftsunterkunft ausziehen wollen, ist die Vermieterbescheinigung direkt an Frau Neubauer zu adressieren. Sie wird kurzfristig über die Anmietung entscheiden. Bei einem Umzug aus einer Privatwohnung in eine andere Privatwohnung ist weiterhin der jeweilige Hilfemanager zuständig für die Prüfung der Vermieterbescheinigung. In solchen Fällen prüft das Jobcenter, warum der Umzug gewünscht wird. Hierfür muss der Hilfemanager die Akte hinzuziehen. Doch auch diese Entscheidungen sollen schnellstmöglich erfolgen“
- Frau Gieslinde Maier informiert über horrenden Stromnachforderungen durch die SÜWAG in Glashütten. Eine afghanische Familie muss 11.000 Euro nachzahlen, weil in der Wohnung ein Durchlauferhitzer angebracht ist und sowohl Heizung als auch Warmwasser durch Strom erhitzt werden. In diesem Fall empfiehlt der AK, dass die Familie sich an die Schuldnerberatungsstelle im Hochtaunuskreis wendet. Für die Vermeidung solcher Nachforderungen sollte vorsorglich eine Aufklärung bezüglich Verbrauch von Strom und Heizung u.ä. stattfinden. Dies könnten Verbraucherzentralen, Städte und Gemeinden, aber auch Ehrenamtliche übernehmen.
- Es wird aufgrund einer Nachfrage erörtert, dass die Anmietung einer Privat-Wohnung durch nicht anerkannte Geflüchtete mit einer Einzelfallentscheidung durch die Ausländerbehörde möglich ist. Voraussetzungen sind unter anderem ein nachweisbarer Integrationswille (Besuch von Deutschkursen, Ausbildung, Arbeit und Einkommen).
- Frau Hillary Roger von der Leitstelle Integration nennt einen neuen Termin für eine Schulungsreihe und lässt hierzu den Flyer zur Weitergabe verteilen.

## **TOP 5: Vereinbarung eines neuen Termins**

Als Termin für die nächste Sitzung wird der 09.03.2020 vereinbart. Es wird wieder im Pfarrheim Liebfrauen in Oberursel (Berliner Straße 63) um 17:30 Uhr stattfinden.